

## Beschluss Umverteilung gegen Rechts!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Umverteilung gegen Rechtsruck

### Antragstext

1 Umverteilung gegen Rechts!

2 Nicht erst seit der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche erleben wir einen  
3 massiven Rechtsruck in Deutschland und weltweit. Dass Rechte menschenverachtende  
4 Massenabschiebungen planen, ist dabei leider nichts Neues. Neu ist aber, dass  
5 Aussagen, die vor nicht allzu langer Zeit noch als rechte Spinnereien der  
6 Alternative für Deutschland abgetan wurden, heute salonfähig sind und die Mitte  
7 der deutschen Parteienlandschaft erreicht haben.

8 Eine rassistische Debatte jagt auch in Hamburg die nächste. In Diskussionen über  
9 Asylrechtsverschärfungen und Bezahlkarten werden Geflüchtete und migrantisierte  
10 Menschen entmenschlicht. Die Umsetzung der Bezahlkarte war falsch und ist  
11 bezeichnend für die rassistische Migrationspolitik. Die Bezahlkarte darf in  
12 ihrer jetzigen Form nicht kommen. Die Einschränkungen sind stigmatisierend und  
13 ausgrenzend. Geflüchtete müssen weiterhin selbstbestimmt am gesellschaftlichen  
14 Leben teilhaben können. Mit den Einschränkungen wird ihnen dies verwehrt und sie  
15 werden als die Schuldigen für die Probleme unserer Zeit abgestempelt. Dass es  
16 hier um Menschen geht, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung fliehen, und deren  
17 einziger Ausweg es ist, eine gefährliche Flucht auf sich zu nehmen, wird nicht  
18 thematisiert.

19 Stattdessen werden weiter Vorurteile geschürt, die zu realen Bedrohungen für das  
20 Leben von migrantisierten Menschen werden. So kam es zuletzt in Niendorf und  
21 Ottensen zu rassistisch motivierten Straftaten.

22 All das passiert in einer Zeit, in der viele Menschen sich darum sorgen, wie sie  
23 ihre Miete oder die Stromrechnung zahlen sollen. In Hamburg sind die  
24 Lebenshaltungskosten sogar noch höher als im Bundesdurchschnitt. Die Mieten  
25 steigen immer weiter und der wöchentliche Einkauf ist deutlich teurer als  
26 gewohnt. Diese materielle Unsicherheit macht Menschen anfälliger für rechte  
27 Erzählungen.

28 Hoffnung gibt uns, dass die Menschen in der Nachbarschaft und in ganz Hamburg  
29 aufstehen - Aufstehen gegen Rassismus und rechte Ideologie. Hunderttausende  
30 waren in den letzten Wochen in Hamburg auf der Straße, um laut und solidarisch  
31 gegen Rechts zu sein. Doch die Demos alleine werden den Rechtsruck nicht  
32 beenden.

33 Linke Antworten gegen Rechts!

34 Wir brauchen nicht nur Demonstrationen gegen Rechts, sondern endlich linke  
35 Antworten auf den Rechtsruck. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen  
36 lassen, denn wir haben die gleichen Interessen!

37 Die Unterschiede in unserer Gesellschaft verlaufen nicht zwischen armen und noch  
38 ärmeren Menschen. Wir alle bekommen nicht, was uns zusteht! Ob der Geflüchtete,  
39 der Auszubildende in der Pflege oder die Studentin mit einem prekären Studi-Job.

40 Wir müssen uns organisieren, zusammenhalten und zeigen, wo die wirklichen  
41 Unterschiede in unserer Gesellschaft verlaufe: Nämlich nicht zwischen uns und  
42 anderen Arbeiter\*innen, sondern zwischen uns und den Konzernchefs und  
43 Superyachtbesitzer\*innen dieser Welt und dieser Stadt.

44 Es sind junge Menschen - wie wir - und unsere Eltern, die sich in schlechten  
45 Jobs kaputtarbeiten, um diese Gesellschaft am Laufen zu halten. Dafür wollen wir  
46 keinen Dank, sondern gerechte Löhne, kürzere Arbeitszeit und faire  
47 Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigten haben mehr verdient als die ständige Angst  
48 vor Abstieg und Existenz. Große Unternehmen dürfen nicht Tarifverträge aushebeln  
49 und die Löhne drücken. Deshalb ist es wichtig, dass ein starkes Tariftreuegesetz  
50 die Beschäftigten schützt.

51 Es ist wichtig, dass hohes Vermögen und Erbe stark besteuert werden. Wir holen  
52 uns das uns zustehende Geld von den Superreichen und Milliardenerben!

53 Der Teilverkauf von Stadteigentum am Hafen wird dazu führen, dass ein  
54 profitgetriebener Konzern sein Ziel nach Maximierung des Gewinns ohne Rücksicht  
55 auf die Gesellschaft und die Beschäftigten nachgeht. Die Unternehmen am Hafen  
56 müssen in die Rekommunalisierung. Die Erfahrungen mit Privatisierungen  
57 insbesondere von kritischer Infrastruktur sind schlecht. Die Daseinsvorsorge ist  
58 am Zusammenbrechen. Deshalb braucht es einen Hafen, dessen Einnahmen unserer  
59 Stadtgesellschaft und Infrastruktur dienen. Die Krankenhäuser, die Schulen, die  
60 Freizeitorde und Mobilitätsangebote hängen davon ab, wie viel Geld wir von dem  
61 Gewinn, der durch uns entsteht, beanspruchen.

62 Es braucht endlich eine Politik, die unsere Interessen in den Mittelpunkt  
63 stellt. Es braucht umfassende Investitionen in unsere Daseinsvorsorge und  
64 Umverteilung. Wir können den Rechtsruck nur aufhalten, wenn wir den Wohlstand in  
65 unserer Gesellschaft stärken. Um das zu erstreiten, müssen wir viele sein und  
66 gemeinsam für unsere Interessen eintreten.

67 Auf geht es in die Europakampagne für die 99 Prozent!

68 Dass die Politik die Lebensverhältnisse von jungen Menschen weiter  
69 verschlimmert, weil das Interesse von Superreichen und Großunternehmen wichtiger  
70 zu sein scheint als unser aller Wohlstand, ist verheerend. Das Bröckeln unseres  
71 solidarischen Miteinanders muss enden! Wir schließen uns mit Menschen in allen  
72 Bezirken zusammen, indem wir Kreisverbände aufbauen und politische Veränderungen  
73 vor Ort angehen. Wir organisieren die gesellschaftliche Stärke gegen die  
74 Spaltung und Unsicherheit. Wir ermöglichen den politischen Druck, damit diese  
75 Krise nicht nur kurzweilig empört, sondern endlich angegangen wird.

76 Jedes einzelne Gespräch in der Europakampagne wird eine solidarische Jugend  
77 stärken und aufbauen! Damit der Rechtsruck bekämpft werden kann, braucht es die  
78 Europa-Kampagne in den nächsten Wochen und Monaten. Und für die Kampagne braucht  
79 es dich!

80 Wir packen das Übel in unserer Gesellschaft an der Wurzel: In der Nachbarschaft,  
81 bei dir, an der Berufsschule, im Jugendzentrum oder an der Einkaufsstraße. Die  
82 momentane Politik trägt zur Spaltung der Menschen bei und da machen wir nicht  
83 mit. In unserer Europakampagne zeigen wir, wie ein solidarisches Miteinander  
84 funktionieren kann. Packen wir das an!

## Beschluss Kein Bock auf Krise! Bock auf Gerechtigkeit!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Auf geht's in die Kampagnen!

### Antragstext

1 Kein Bock auf Krise! Bock auf Gerechtigkeit!

2 Ein Blick in unsere Nachbarschaften offenbart die politischen Missstände in der  
3 Gesellschaft: Die Unterkunft für Geflüchtete auf dem Baumarktgelände verkommt  
4 wegen der Kürzungen im Bundeshaushalt immer weiter und ist kein Ort, der  
5 Menschen Zuflucht gewähren kann. Die Bezahlkarte wird mit einem Schulterzucken  
6 hingenommen und die Debatte bewegt sich noch weiter nach rechts. Olaf Scholz  
7 wundert sich über die Forderung einer Dönerpreisbremse und feiert dabei das Hoch  
8 des Deutschen Aktienindex ab. Er ignoriert komplett, dass unser Leben immer  
9 teurer wird und die Miete immer weiter steigt!

10 An den Lebensverhältnissen vieler Menschen soll drastisch gespart werden und  
11 viele Menschen verlieren mit jedem Missstand mehr und mehr Vertrauen in unsere  
12 Gesellschaft. Und doch dürfen wir nicht vergessen: Wir teilen uns nicht nur eine  
13 Nachbarschaft, sondern auch ein Interesse. Weniger Solidarität darf deshalb für  
14 uns keine Option sein! Wir gehen in jede Nachbarschaft, um die Menschen entgegen  
15 politischer Missstände zusammenzubringen.

16 Und jetzt? Kampagnen!

17 Wir werden nicht still bleiben! Wir nehmen alle Menschen in unserer Stadt ernst  
18 und kämpfen gemeinsam für spürbare Gerechtigkeit. Es reicht nicht aus, nur einen  
19 schnellen Blick in die Nachbarschaft zu werfen, wir müssen dort präsent sein. In  
20 den kommenden Kampagnen kommen wir im Jugendzentrum, auf dem Bauspielplatz, an  
21 der Berufsschule oder am Dönerladen ins Gespräch für eine solidarische  
22 Gesellschaft. Lasst uns mehr werden - Wenn nicht jetzt, wann dann?

23 In dieser Zeit, in der sich eine neoliberale Ideologie in der Regierungsarbeit  
24 durchsetzt und Positionen von rechts ihren Platz in der politischen Mitte  
25 finden, braucht es umso mehr unseren politischen Druck. In den kommenden  
26 Kampagnen wollen wir mehr werden, denn nur mit vielen jungen Menschen gemeinsam  
27 können wir den politischen Druck erzeugen, den es für echte Veränderung braucht!  
28 Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat uns nicht gerettet – Wir müssen die  
29 politische Veränderung selbst organisieren!

30 Europakampagne – Wir gehen rein!

31 Deshalb sind wir unter dem Motto „Kein Bock auf Krise!“ als GRÜNE JUGEND im  
32 Frühling auf der Straße. Der Anlass: Wir als Jugend leiden unter  
33 Preissteigerungen, mangelnden Ausbildungsplätzen und dem stetig wachsenden  
34 Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Die Reichen kaufen sich währenddessen eine  
35 weitere Yacht als „Zeitvertreib“. Das machen wir nicht mehr mit!

36 Bald stehen die Europawahlen an und wir wollen die gesteigerte Aufmerksamkeit  
37 vor der Wahl nutzen, um mit jungen Menschen über die aktuelle krisenhafte Lage  
38 zu sprechen, ihnen zuzuhören und sie zu überzeugen, mit uns für Gerechtigkeit zu  
39 kämpfen. In dieser Zeit wollen wir eigenständig mit Aktionen auf die Straße

40 gehen, eine neue politische Praxis ausprobieren, als Verband wachsen und uns  
41 gemeinsam weiterbilden.

42 Mit verschiedenen Aktionsformaten wollen wir jungen Menschen zeigen: Du bist  
43 nicht allein mit deinem Frust! Eine Limo im Park, ein Döner an der Ecke oder ein  
44 Krisenbarometer, um sich einfach mal aufzuregen. Wir setzen auf verschiedene  
45 Aktionsformate, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen. In den Gesprächen geht  
46 es um die Themen, die unser Gegenüber beschäftigen. Das können Themen der  
47 Europawahl, der Bezirkswahl – die zeitgleich in Hamburg stattfindet - oder auch  
48 ganz andere Themen darüber hinaus sein.

49 Diese 1:1-Gespräche sind unser Geheimrezept gegen den Frust. Unser Motto: Lieber  
50 ein ehrliches Gespräch als zweihundert ignorierte Flyer. Wir möchten Menschen  
51 nicht belehren, sondern ihnen zuhören und sie überzeugen, mitzumachen. Dabei  
52 werden wir vor allem einen Fokus auf Menschen unter 20 und migrantisierte  
53 Menschen setzen.

54 Gemeinsam mit unserem Kreisverband gehen wir auf die Straße, führen Gespräche  
55 und in den Kreisverbänden kommen Neumitglieder, die wir für uns gewinnen an. Die  
56 Kreisverbände sind das Herzstück der Aktionen und der Kampagne.

57 Wir freuen uns, gemeinsam mit dir den Kampf für ein besseres Morgen anzugehen!

58 Bock auf Gerechtigkeit vor Ort? - Sei dabei bei unserer Kampagne zur  
59 Bürgerschaftswahl!

60 Von Jenfeld bis Osdorf und von Schnelsen bis Neugraben wollen wir für ein gutes  
61 Leben vor Ort kämpfen. Denn wir sehen, dass sich die Ungerechtigkeiten in  
62 unserer Stadt wie unter einem Brennglas immer weiter verstärken. Es braucht eine  
63 starke GRÜNE JUGEND Hamburg, die diesen Ungerechtigkeiten etwas entgegensetzt  
64 und Menschen aus der ganzen Stadt die Möglichkeit bietet, für Gerechtigkeit zu  
65 kämpfen.

66 Deshalb werden wir in der Kampagne zur Bürgerschaftswahl erneut eine Kampagne  
67 umsetzen, die sich darauf fokussiert, Menschen für uns zu gewinnen. Der Fokus  
68 wird weiterhin auf der Einbindung von migrantisierten Menschen und besonders  
69 jungen Menschen liegen, die sich vor Ort auskennen - so können wir gemeinsam  
70 neue Kontakte in der ganzen Stadt knüpfen.

71 Ob im Austausch mit den Menschen am Stadtteiltreff in Jenfeld, die für die  
72 Kinder in der Nachbarschaft jeden Morgen das Frühstück vorbereiten oder bei der  
73 Beratungsstelle für Geflüchtete in Osdorf. Wir wollen überall unterwegs sein.  
74 Wir wollen vor allem in Stadtteile gehen, wo Menschen seit Jahren nicht von der  
75 Politik gesehen und zurückgelassen werden, im Austausch und solidarisch mit den  
76 Menschen sein, die unter den Ungerechtigkeiten der Gesellschaft leiden.

77 Wir wollen uns als Verband in der Zeit der Bürgerschaftswahl weiterentwickeln  
78 und ausprobieren, wie wir mit neuen Formaten eine bessere Verankerung in den  
79 Nachbarschaften Hamburgs erreichen.

80 Unsere Kreisverbände bieten die perfekte Grundlage dafür. Die Kampagne zur  
81 Bürgerschaftswahl wird erneut eine Kampagne der Kreisverbände! Sie können hier  
82 ihren Bezirk noch besser kennenlernen, neue Orte und Ideen entdecken und mehr  
83 werden. Die Kreisverbände werden die Kampagne dezentral in jedem Bezirk  
84 umsetzen.

85 Das Kampagnenteam für die Kampagne zur Bürgerschaftswahl, das im Juni eingesetzt  
86 wird, wird in den kommenden Monaten in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand die  
87 konkreten Aktionsformate und die Ausgestaltung der Kampagne ausarbeiten. Es gibt  
88 dabei einen engen Austausch mit den bestehenden und neuen Kreisverbänden, der  
89 ermöglicht, dass die Kampagne für alle Kreisverbände optimal passt.

90 Wir werden uns gemeinsam als GRÜNE JUGEND Hamburg auf Landesebene und in den  
91 Kreisverbänden mit Bildungsangeboten, Skill-Sharing und Austausch für die  
92 Kampagne bereit machen und dann im Winter die Straßen und die Herzen der  
93 Menschen in ganz Hamburg mit unseren Aktionsformaten erobern, um gemeinsam für  
94 ein gerechtes Hamburg zu kämpfen!

95 Die kommenden Kampagnen sind eine Chance, an einer solidarischen Gesellschaft zu  
96 arbeiten und füreinander & miteinander für Gerechtigkeit zu kämpfen. Die  
97 aktuelle politische Lage erfordert diese Form von Solidarität mehr denn je. Bist  
98 du dabei?

## Beschluss Schluss mit den schlechten Arbeitsbedingungen an den Hamburger Hochschulen!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Schluss mit den schlechten Arbeitsbedingungen an den Hamburger Hochschulen!

2 Jung, akademisch, prekär - Um irgendwie über die Runden zu kommen, arbeiten  
3 viele Studierende an der Uni als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte  
4 oder als Tutor\*innen. Denn das ist eine naheliegende Wahl und häufig Türöffner  
5 in Richtung akademischer Karriere .

6 Viele wissen dabei gar nicht, wie schlecht die Arbeitsbedingungen an den  
7 Hochschulen eigentlich sind. Weil ihre Arbeitsverträge oft nur für die  
8 Vorlesungszeit ausgestellt werden, sind zum Beispiel Tutor\*innen in den  
9 Semesterferien einfach arbeitslos, während ihre Aufgaben die gleichen bleiben.  
10 Ihren Lebensunterhalt müssen sie in der vorlesungsfreien Zeit also trotz Arbeit  
11 ohne Gehalt stemmen. Hilfskräfte haben oft kurze Verträge mehrmals  
12 hintereinander, manchmal über Jahre, auf derselben Stelle und können so nie  
13 sicher planen.

14 Zudem sind die Vorgesetzten an den Hochschulen in der Regel auch Prüfer\*innen -  
15 das führt zu krassen Abhängigkeiten und einem massiven Machtgefälle in den  
16 Arbeitsverhältnissen.

17 So kann es nicht weitergehen! Die Arbeitsbedingungen für studentische  
18 Beschäftigte müssen sich verbessern. Studierende arbeiten in der Gastro, beim  
19 Lieferdienst und in der Hochschule zu schlechten Bedingungen und niedrigen  
20 Löhnen. Das muss sich ändern! Der Arbeitskampf an den Hochschulen kann dazu  
21 beitragen, dass sich nicht nur hier die Bedingungen verbessern, sondern andere  
22 Branchen nachziehen müssen.

23 In der vergangenen Tarifrunde der Länder im Dezember 2023 wurde durch die  
24 Organisierung und die Streiks der studentischen Beschäftigten im Rahmen der  
25 Kampagne TVStud eine schuldrechtliche Vereinbarung erkämpft. Diese Vereinbarung  
26 ist der erste Vertrag zwischen den Gewerkschaften und der Tarifrunde der Länder,  
27 der die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter regelt. Das ist noch  
28 nicht der anvisierte Tarifvertrag, aber ein erster Schritt in die richtige  
29 Richtung!

30 Diese schuldrechtliche Vereinbarung gilt es nun auch in Hamburg umzusetzen. Die  
31 Mindestvertragslaufzeiten von 12 Monaten müssen umgehend an allen öffentlichen  
32 Hamburger Hochschulen und angegliederten Forschungsinstituten eingeführt werden.

33 Außerdem enthält die schuldrechtliche Vereinbarung eine Regelung für  
34 Stundenentgelte für studentische Beschäftigte von mindestens 13,25€ ab  
35 Sommersemester 2024 und 13,98€ ab Sommersemester 2025.

36 Die Lebenshaltungskosten und die Miete sind gerade in Hamburg besonders hoch -  
37 durchschnittlich 610€ für ein WG-Zimmer! Statt die Beschäftigten also mit einem  
38 "Taschengeld" abzuspeisen, gilt es besonders hier in Hamburg, die Spielräume  
39 nach oben bei den Stundenentgelten maximal auszureizen.

40 Denn es stellt sich weiterhin die Frage, wer es sich leisten kann, studentisch  
41 beschäftigt zu sein, also diese Türöffner-Jobs zur wissenschaftlichen Karriere  
42 auszuüben. Das sind überdurchschnittlich oft Kinder aus  
43 Akademiker\*innenfamilien. Damit bleibt die Lohnfrage auch eine Frage der  
44 Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Abgesehen davon wären Forschung und Lehre an  
45 den Hamburger Hochschulen ohne den Einsatz mehrerer tausend studentischer  
46 Beschäftigter niemals auf dem aktuellen qualitativen und quantitativen Niveau  
47 möglich.

48 Während die Mindeststandards aus der schuldrechtlichen Vereinbarung die  
49 Untergrenze der Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte darstellen,  
50 kämpfen wir an der Seite von TVStud weiterhin für höhere Standards an den  
51 Hamburger Hochschulen und Forschungsinstituten! Perspektivisch müssen  
52 Mindestvertragslaufzeiten von 24 Monaten und Stundenentgelte, die sowohl ein  
53 gutes Studium und Leben in Hamburg ermöglichen, als auch der anspruchsvollen und  
54 wichtigen Arbeit gerecht werden, erkämpft werden.

55 Zur Bekämpfung der Prekarität von studentischen Beschäftigungen ist außerdem die  
56 Einführung demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Form von vollwertigen  
57 Personalräten geboten. Ein Grundrecht, das Hilfskräften und Tutor\*innen in  
58 Hamburg immer noch verwehrt wird. Die arbeitsrechtlichen Mindeststandards  
59 werden strukturell nicht eingehalten. Das macht deutlich, dass ein Gremium  
60 geschaffen werden muss, das die Einhaltung von Arbeitnehmer\*innenrechten  
61 kontrolliert und die Interessen der studentischen Beschäftigten vertritt. Denn  
62 studentische Beschäftigte sind in mehrfacher Hinsicht besonders abhängig von  
63 ihren Vorgesetzten. Sie werden häufig nicht über reguläre Auswahlverfahren  
64 eingestellt, sondern persönlich „ausgewählt“, legen nicht selten bei ihren  
65 Vorgesetzten Prüfungsleistungen ab und sind aufgrund ihrer ökonomischen Lage  
66 besonders abhängig von ihrem Job.

67 Kettenbefristungen müssen ein Ende haben, es braucht Planbarkeit, angemessene  
68 Löhne, Mitbestimmung in Personalräten und einen TVStud!

## **Beschluss** Für ein klimaneutrales Hamburg!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge



## Antragstext

1 Der Klimawandel hat verheerende Auswirkungen auf das Klimasystem und die  
2 Ökosysteme, auf denen unser Leben und das der vielen anderen Lebewesen beruht.  
3 Dass sich die Klimakatastrophe von Jahr zu Jahr, Monat zu Monat, von Tag zu  
4 Tagzuspitzt, ist nichts Neues, für niemanden von uns. Dass etwas getan werden  
5 muss, damit wir nicht mit 180 gegen die Wand fahren, auch nicht. Den Klimawandel  
6 auf unter 1,5 Grad zu begrenzen, ist in jedem Fall günstiger, ökonomischer und  
7 sinnvoller, als den Klimawandel weiter voranzutreiben.

8  
9 Als Grüne Jugend haben wir den Anspruch, den Klimawandel auf eine Erwärmung der  
10 globalen Durchschnittstemperatur von 1,5 Grad zu begrenzen. Es müssen alle Hebel  
11 der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft in Gang gesetzt werden, damit  
12 wir dieses Ziel erreichen. Die Politik hat viel zu lange auf der Bremse  
13 gestanden und steht es noch immer.

14  
15 Daher fordern wir, dass Hamburg bis spätestens 2035 klimaneutral wird.

16  
17 Ein System, das auf permanenter Expansion, Wirtschaftswachstum und  
18 Naturausbeutung basiert, kann nicht nachhaltig werden. Auch die wachsende  
19 soziale Ungleichheit und schlechte Arbeitsbedingungen sind Symptome dieses  
20 Systems. Um den Klimawandel aufzuhalten, braucht es einen  
21 Systemwandel, eine sozial-ökologische Transformation zu einer Gesellschaft  
22 jenseits des Wachstums.

23 Die absolute Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs und der  
24 Treibhausgasemissionen mit anderen sinnvollen Zielen kombiniert werden, zum  
25 Beispiel mit den Zielen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Zeit, mehr Glück,  
26 Demokratisierung der Gesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Abbau oder  
27 Abschaffung von Diskriminierungen.

28 Das Ziel des Wirtschaftens sollte nicht die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts  
29 sein, sondern die hier angegebenen Ziele.

30 Wir müssen unsere Gesellschaft so wandeln, dass ein gutes Leben für alle  
31 innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.

32  
33 Um jetzt unsere Lebensgrundlagen zu schützen, muss auch Hamburg seinen Beitrag  
34 leisten. Die bisherigen Klimapläne sowie das Klimaschutzgesetz der Stadt Hamburg  
35 sind unzureichend, um die Klimaziele zu erreichen. Die Grüne Jugend unterstützt  
36 den Hamburger Zukunftsentscheid. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die  
37 vorgeschlagenen Änderungen am Hamburger Klimaschutzgesetz nun  
38 umzusetzen! Hier muss sich an einem CO<sub>2</sub>-Budget orientiert werden, um die  
39 Klimaziele zu verschärfen und anzupassen. Damit diese Ziele eine Wirkung haben,  
40 müssen sie ständig evaluiert und Zwischenstände miteinbezogen werden. Beim  
41 Klimaschutzgesetz muss ein Fokus auf die soziale Abfederung gesetzt werden. Das  
42 Klimageld muss endlich bundesweit eingeführt werden! Wenn das weiterhin  
43 ausbleibt, muss Hamburg eine landeseigene alternative Lösung finden. Wir fordern  
44 die Grünen und den Hamburger Senat auf, den Klimaplan entsprechend dem neuen  
45 Klimaschutzgesetz und dem Ziel der Klimaneutralität 2035 zu überarbeiten.

46  
47  
48  
49 Energie

50 Es liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger\*innen,  
51 sicherzustellen, dass wir unseren Energieverbrauch als Gesellschaft senken, denn  
52 hier bestehen hohe Einsparpotentiale. Ein Klimageld kann zusätzlich zur sozialen  
53 Abfederung dafür sorgen, dass es uns ermöglicht wird auch ohne Einbußen im  
54 Geldbeutel, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen und ist deshalb essentiell  
55 für Klimaschutz im Interesse der Mehrheit.

#### 56 Mobilität

57 Im Bereich Mobilität hat Hamburg große Einflussmöglichkeiten auf die  
58 Verkehrsinfrastruktur und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. Eine  
59 Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs hat eine direkte Auswirkung auf die  
60 Lebensqualität der Menschen und das Klima. Es müssen Mobilitätsmöglichkeiten für  
61 alle geschaffen werden. Um dies zu gewährleisten, müssen die Arbeitsbedingungen  
62 im Nahverkehr verbessert werden und der Staat muss Geld in die Hand nehmen, um  
63 die Infrastruktur weiter auszubauen. Die Klimatransformation darf nicht auf dem  
64 Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es braucht eine Verdopplung des  
65 öffentlichen Nahverkehrs und gute Arbeitsbedingungen!  
66 Es braucht darüber hinaus Maßnahmen, um die Fahrradinfrastruktur auszubauen.  
67 Fahrrad fahren muss für alle subjektiv und objektiv sicher sein.

## Beschluss 80. Jahrestag zur Befreiung von Faschismus und Weltkrieg - Der 8. Mai ist Feiertag!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Die Grüne Jugend Hamburg beschließt, sich verstärkt hin zum 80. Jahrestag der  
2 Befreiung von Faschismus und Weltkrieg dafür einzusetzen, dass der 8. Mai ein  
3 offizieller Feiertag in Hamburg wird. Hierfür steigern wir unser Engagement in  
4 Stadtgesellschaft, Partei und Jugend.

5  
6 Um den aufhaltsamen Weg zum Faschismus und die Befreiung sowie ihre heute  
7 andauernden Konsequenzen zu verstehen, schaffen wir für uns und andere  
8 Bildungsangebote zu Themen wie dem militärisch-industriellen Komplex, der  
9 Zentralisierung der Wirtschaft, Spaltung der fortschrittlichen Kräfte und  
10 Kämpfen zur Befreiung.

11  
12 Der Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg stellt hin zum 80. Jahrestag der  
13 Befreiung von Faschismus und Weltkrieg einen Antrag auf dem Bundeskongress oder  
14 einem anderen beschlussfähigen Gremium der Grünen Jugend, dass der 8. Mai ein  
15 bundesweiter Feiertag werden muss. Teil des Antrags soll hierbei sein, dass auf  
16 Bundesebene Öffentlichkeits-, Presse- und Bildungsarbeit zu den Gründen für und  
17 den Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus und dem zweiten Weltkrieg  
18 stattfindet.

## L1 Umverteilung gegen Rechts!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg  
Beschlussdatum: 08.04.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Umverteilung gegen Rechtsruck

### Antragstext

1 Umverteilung gegen Rechts!

2 Nicht erst seit der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche erleben wir einen  
3 massiven Rechtsruck in Deutschland und weltweit. Dass Rechte menschenverachtende  
4 Massenabschiebungen planen, ist dabei leider nichts Neues. Neu ist aber, dass  
5 Aussagen, die vor nicht allzu langer Zeit noch als rechte Spinnereien der  
6 Alternative für Deutschland abgetan wurden, heute salonfähig sind und die Mitte  
7 der deutschen Parteienlandschaft erreicht haben.

8 Eine rassistische Debatte jagt auch in Hamburg die nächste. In Diskussionen über  
9 Asylrechtsverschärfungen und Bezahlkarten werden Geflüchtete und migrantisierte  
10 Menschen entmenschlicht. Die Umsetzung der Bezahlkarte war falsch und ist  
11 bezeichnend für die rassistische Migrationspolitik. Die Bezahlkarte darf in  
12 ihrer jetzigen Form nicht kommen. Die Einschränkungen sind stigmatisierend und  
13 ausgrenzend. Geflüchtete müssen weiterhin selbstbestimmt am gesellschaftlichen  
14 Leben teilhaben können. Mit den Einschränkungen wird ihnen dies verwehrt und sie  
15 werden als die Schuldigen für die Probleme unserer Zeit abgestempelt. Dass es  
16 hier um Menschen geht, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung fliehen, und deren  
17 einziger Ausweg es ist, eine gefährliche Flucht auf sich zu nehmen, wird nicht  
18 thematisiert.

19 Stattdessen werden weiter Vorurteile geschürt, die zu realen Bedrohungen für das  
20 Leben von migrantisierten Menschen werden. So kam es zuletzt in Niendorf und  
21 Ottensen zu rassistisch motivierten Straftaten.

22 All das passiert in einer Zeit, in der viele Menschen sich darum sorgen, wie sie  
23 ihre Miete oder die Stromrechnung zahlen sollen. In Hamburg sind die  
24 Lebenshaltungskosten sogar noch höher als im Bundesdurchschnitt. Die Mieten  
25 steigen immer weiter und der wöchentliche Einkauf ist deutlich teurer als  
26 gewohnt. Diese materielle Unsicherheit macht Menschen anfälliger für rechte  
27 Erzählungen.

28 Hoffnung gibt uns, dass die Menschen in der Nachbarschaft und in ganz Hamburg  
29 aufstehen - Aufstehen gegen Rassismus und rechte Ideologie. Hunderttausende  
30 waren in den letzten Wochen in Hamburg auf der Straße, um laut und solidarisch  
31 gegen Rechts zu sein. Doch die Demos alleine werden den Rechtsruck nicht  
32 beenden.

33 Linke Antworten gegen Rechts!

34 Wir brauchen nicht nur Demonstrationen gegen Rechts, sondern endlich linke  
35 Antworten auf den Rechtsruck. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen  
36 lassen, denn wir haben die gleichen Interessen!

37 Die Unterschiede in unserer Gesellschaft verlaufen nicht zwischen armen und noch  
38 ärmeren Menschen. Wir alle bekommen nicht, was uns zusteht! Ob der Geflüchtete,  
39 der Auszubildende in der Pflege oder die Studentin mit einem prekären Studi-Job.

40 Wir müssen uns organisieren, zusammenhalten und zeigen, wo die wirklichen  
41 Unterschiede in unserer Gesellschaft verlaufe: Nämlich nicht zwischen uns und  
42 anderen Arbeiter\*innen, sondern zwischen uns und den Konzernchefs und  
43 Superyachtbesitzer\*innen dieser Welt und dieser Stadt.

44 Es sind junge Menschen - wie wir - und unsere Eltern, die sich in schlechten  
45 Jobs kaputtarbeiten, um diese Gesellschaft am Laufen zu halten. Dafür wollen wir  
46 keinen Dank, sondern gerechte Löhne, kürzere Arbeitszeit und faire  
47 Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigten haben mehr verdient als die ständige Angst  
48 vor Abstieg und Existenz. Große Unternehmen dürfen nicht Tarifverträge aushebeln  
49 und die Löhne drücken. Deshalb ist es wichtig, dass ein starkes Tariftreuegesetz  
50 die Beschäftigten schützt.

51 Es ist wichtig, dass hohes Vermögen und Erbe stark besteuert werden. Wir holen  
52 uns das uns zustehende Geld von den Superreichen und Milliardenerben!

53 Der Teilverkauf von Stadteigentum am Hafen wird dazu führen, dass ein  
54 profitgetriebener Konzern sein Ziel nach Maximierung des Gewinns ohne Rücksicht  
55 auf die Gesellschaft und die Beschäftigten nachgeht. Die Unternehmen am Hafen  
56 müssen in die Rekommunalisierung. Die Erfahrungen mit Privatisierungen  
57 insbesondere von kritischer Infrastruktur sind schlecht. Die Daseinsvorsorge ist  
58 am Zusammenbrechen. Deshalb braucht es einen Hafen, dessen Einnahmen unserer  
59 Stadtgesellschaft und Infrastruktur dienen. Die Krankenhäuser, die Schulen, die  
60 Freizeitorde und Mobilitätsangebote hängen davon ab, wie viel Geld wir von dem  
61 Gewinn, der durch uns entsteht, beanspruchen.

62 Es braucht endlich eine Politik, die unsere Interessen in den Mittelpunkt  
63 stellt. Es braucht umfassende Investitionen in unsere Daseinsvorsorge und  
64 Umverteilung. Wir können den Rechtsruck nur aufhalten, wenn wir den Wohlstand in  
65 unserer Gesellschaft stärken. Um das zu erstreiten, müssen wir viele sein und  
66 gemeinsam für unsere Interessen eintreten.

67 Auf geht es in die Europakampagne für die 99 Prozent!

68 Dass die Politik die Lebensverhältnisse von jungen Menschen weiter  
69 verschlimmert, weil das Interesse von Superreichen und Großunternehmen wichtiger  
70 zu sein scheint als unser aller Wohlstand, ist verheerend. Das Bröckeln unseres  
71 solidarischen Miteinanders muss enden! Wir schließen uns mit Menschen in allen  
72 Bezirken zusammen, indem wir Kreisverbände aufbauen und politische Veränderungen  
73 vor Ort angehen. Wir organisieren die gesellschaftliche Stärke gegen die  
74 Spaltung und Unsicherheit. Wir ermöglichen den politischen Druck, damit diese  
75 Krise nicht nur kurzweilig empört, sondern endlich angegangen wird.

76 Jedes einzelne Gespräch in der Europakampagne wird eine solidarische Jugend  
77 stärken und aufbauen! Damit der Rechtsruck bekämpft werden kann, braucht es die  
78 Europa-Kampagne in den nächsten Wochen und Monaten. Und für die Kampagne braucht  
79 es dich!

80 Wir packen das Übel in unserer Gesellschaft an der Wurzel: In der Nachbarschaft,  
81 bei dir, an der Berufsschule, im Jugendzentrum oder an der Einkaufsstraße. Die  
82 momentane Politik trägt zur Spaltung der Menschen bei und da machen wir nicht  
83 mit. In unserer Europakampagne zeigen wir, wie ein solidarisches Miteinander  
84 funktionieren kann. Packen wir das an!

## K1 Kein Bock auf Krise! Bock auf Gerechtigkeit!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg  
Beschlussdatum: 08.04.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Auf geht's in die Kampagnen!

### Antragstext

1 Kein Bock auf Krise! Bock auf Gerechtigkeit!

2 Ein Blick in unsere Nachbarschaften offenbart die politischen Missstände in der  
3 Gesellschaft: Die Unterkunft für Geflüchtete auf dem Baummarktgelände verkommt  
4 wegen der Kürzungen im Bundeshaushalt immer weiter und ist kein Ort, der  
5 Menschen Zuflucht gewähren kann. Die Bezahlkarte wird mit einem Schulterzucken  
6 hingenommen und die Debatte bewegt sich noch weiter nach rechts. Olaf Scholz  
7 wundert sich über die Forderung einer Dönerpreisbremse und feiert dabei das Hoch  
8 des Deutschen Aktienindex ab. Er ignoriert komplett, dass unser Leben immer  
9 teurer wird und die Miete immer weiter steigt!

10 An den Lebensverhältnissen vieler Menschen soll drastisch gespart werden und  
11 viele Menschen verlieren mit jedem Missstand mehr und mehr Vertrauen in unsere  
12 Gesellschaft. Und doch dürfen wir nicht vergessen: Wir teilen uns nicht nur eine  
13 Nachbarschaft, sondern auch ein Interesse. Weniger Solidarität darf deshalb für  
14 uns keine Option sein! Wir gehen in jede Nachbarschaft, um die Menschen entgegen  
15 politischer Missstände zusammenzubringen.

16 Und jetzt? Kampagnen!

17 Wir werden nicht still bleiben! Wir nehmen alle Menschen in unserer Stadt ernst  
18 und kämpfen gemeinsam für spürbare Gerechtigkeit. Es reicht nicht aus, nur einen  
19 schnellen Blick in die Nachbarschaft zu werfen, wir müssen dort präsent sein. In  
20 den kommenden Kampagnen kommen wir im Jugendzentrum, auf dem Bauspielplatz, an  
21 der Berufsschule oder am Dönerladen ins Gespräch für eine solidarische  
22 Gesellschaft. Lasst uns mehr werden - Wenn nicht jetzt, wann dann?

23 In dieser Zeit, in der sich eine neoliberale Ideologie in der Regierungsarbeit  
24 durchsetzt und Positionen von rechts ihren Platz in der politischen Mitte  
25 finden, braucht es umso mehr unseren politischen Druck. In den kommenden  
26 Kampagnen wollen wir mehr werden, denn nur mit vielen jungen Menschen gemeinsam  
27 können wir den politischen Druck erzeugen, den es für echte Veränderung braucht!  
28 Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat uns nicht gerettet – Wir müssen die  
29 politische Veränderung selbst organisieren!

30 Europakampagne – Wir gehen rein!

31 Deshalb sind wir unter dem Motto „Kein Bock auf Krise!“ als GRÜNE JUGEND im  
32 Frühling auf der Straße. Der Anlass: Wir als Jugend leiden unter  
33 Preissteigerungen, mangelnden Ausbildungsplätzen und dem stetig wachsenden  
34 Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Die Reichen kaufen sich währenddessen eine  
35 weitere Yacht als „Zeitvertreib“. Das machen wir nicht mehr mit!

36 Bald stehen die Europawahlen an und wir wollen die gesteigerte Aufmerksamkeit  
37 vor der Wahl nutzen, um mit jungen Menschen über die aktuelle krisenhafte Lage  
38 zu sprechen, ihnen zuzuhören und sie zu überzeugen, mit uns für Gerechtigkeit zu  
39 kämpfen. In dieser Zeit wollen wir eigenständig mit Aktionen auf die Straße

40 gehen, eine neue politische Praxis ausprobieren, als Verband wachsen und uns  
41 gemeinsam weiterbilden.

42 Mit verschiedenen Aktionsformaten wollen wir jungen Menschen zeigen: Du bist  
43 nicht allein mit deinem Frust! Eine Limo im Park, ein Döner an der Ecke oder ein  
44 Krisenbarometer, um sich einfach mal aufzuregen. Wir setzen auf verschiedene  
45 Aktionsformate, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen. In den Gesprächen geht  
46 es um die Themen, die unser Gegenüber beschäftigen. Das können Themen der  
47 Europawahl, der Bezirkswahl – die zeitgleich in Hamburg stattfindet - oder auch  
48 ganz andere Themen darüber hinaus sein.

49 Diese 1:1-Gespräche sind unser Geheimrezept gegen den Frust. Unser Motto: Lieber  
50 ein ehrliches Gespräch als zweihundert ignorierte Flyer. Wir möchten Menschen  
51 nicht belehren, sondern ihnen zuhören und sie überzeugen, mitzumachen. Dabei  
52 werden wir vor allem einen Fokus auf Menschen unter 20 und migrantisierte  
53 Menschen setzen.

54 Gemeinsam mit unserem Kreisverband gehen wir auf die Straße, führen Gespräche  
55 und in den Kreisverbänden kommen Neumitglieder, die wir für uns gewinnen an. Die  
56 Kreisverbände sind das Herzstück der Aktionen und der Kampagne.

57 Wir freuen uns, gemeinsam mit dir den Kampf für ein besseres Morgen anzugehen!

58 Bock auf Gerechtigkeit vor Ort? - Sei dabei bei unserer Kampagne zur  
59 Bürgerschaftswahl!

60 Von Jenfeld bis Osdorf und von Schnelsen bis Neugraben wollen wir für ein gutes  
61 Leben vor Ort kämpfen. Denn wir sehen, dass sich die Ungerechtigkeiten in  
62 unserer Stadt wie unter einem Brennglas immer weiter verstärken. Es braucht eine  
63 starke GRÜNE JUGEND Hamburg, die diesen Ungerechtigkeiten etwas entgegensetzt  
64 und Menschen aus der ganzen Stadt die Möglichkeit bietet, für Gerechtigkeit zu  
65 kämpfen.

66 Deshalb werden wir in der Kampagne zur Bürgerschaftswahl erneut eine Kampagne  
67 umsetzen, die sich darauf fokussiert, Menschen für uns zu gewinnen. Der Fokus  
68 wird weiterhin auf der Einbindung von migrantisierten Menschen und besonders  
69 jungen Menschen liegen, die sich vor Ort auskennen - so können wir gemeinsam  
70 neue Kontakte in der ganzen Stadt knüpfen.

71 Ob im Austausch mit den Menschen am Stadtteiltreff in Jenfeld, die für die  
72 Kinder in der Nachbarschaft jeden Morgen das Frühstück vorbereiten oder bei der  
73 Beratungsstelle für Geflüchtete in Osdorf. Wir wollen überall unterwegs sein.  
74 Wir wollen vor allem in Stadtteile gehen, wo Menschen seit Jahren nicht von der  
75 Politik gesehen und zurückgelassen werden, im Austausch und solidarisch mit den  
76 Menschen sein, die unter den Ungerechtigkeiten der Gesellschaft leiden.

77 Wir wollen uns als Verband in der Zeit der Bürgerschaftswahl weiterentwickeln  
78 und ausprobieren, wie wir mit neuen Formaten eine bessere Verankerung in den  
79 Nachbarschaften Hamburgs erreichen.

80 Unsere Kreisverbände bieten die perfekte Grundlage dafür. Die Kampagne zur  
81 Bürgerschaftswahl wird erneut eine Kampagne der Kreisverbände! Sie können hier  
82 ihren Bezirk noch besser kennenlernen, neue Orte und Ideen entdecken und mehr  
83 werden. Die Kreisverbände werden die Kampagne dezentral in jedem Bezirk  
84 umsetzen.

85 Das Kampagnenteam für die Kampagne zur Bürgerschaftswahl, das im Juni eingesetzt  
86 wird, wird in den kommenden Monaten in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand die  
87 konkreten Aktionsformate und die Ausgestaltung der Kampagne ausarbeiten. Es gibt  
88 dabei einen engen Austausch mit den bestehenden und neuen Kreisverbänden, der  
89 ermöglicht, dass die Kampagne für alle Kreisverbände optimal passt.

90 Wir werden uns gemeinsam als GRÜNE JUGEND Hamburg auf Landesebene und in den  
91 Kreisverbänden mit Bildungsangeboten, Skill-Sharing und Austausch für die  
92 Kampagne bereit machen und dann im Winter die Straßen und die Herzen der  
93 Menschen in ganz Hamburg mit unseren Aktionsformaten erobern, um gemeinsam für  
94 ein gerechtes Hamburg zu kämpfen!

95 Die kommenden Kampagnen sind eine Chance, an einer solidarischen Gesellschaft zu  
96 arbeiten und füreinander & miteinander für Gerechtigkeit zu kämpfen. Die  
97 aktuelle politische Lage erfordert diese Form von Solidarität mehr denn je. Bist  
98 du dabei?



## V1 Schluss mit den schlechten Arbeitsbedingungen an den Hamburger Hochschulen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg  
Beschlussdatum: 08.04.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Schluss mit den schlechten Arbeitsbedingungen an den Hamburger Hochschulen!

2 Jung, akademisch, prekär - Um irgendwie über die Runden zu kommen, arbeiten  
3 viele Studierende an der Uni als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte  
4 oder als Tutor\*innen. Denn das ist eine naheliegende Wahl und häufig Türöffner  
5 in Richtung akademischer Karriere .

6 Viele wissen dabei gar nicht, wie schlecht die Arbeitsbedingungen an den  
7 Hochschulen eigentlich sind. Weil ihre Arbeitsverträge oft nur für die  
8 Vorlesungszeit ausgestellt werden, sind zum Beispiel Tutor\*innen in den  
9 Semesterferien einfach arbeitslos, während ihre Aufgaben die gleichen bleiben.  
10 Ihren Lebensunterhalt müssen sie in der vorlesungsfreien Zeit also trotz Arbeit  
11 ohne Gehalt stemmen. Hilfskräfte haben oft kurze Verträge mehrmals  
12 hintereinander, manchmal über Jahre, auf derselben Stelle und können so nie  
13 sicher planen.

14 Zudem sind die Vorgesetzten an den Hochschulen in der Regel auch Prüfer\*innen -  
15 das führt zu krassen Abhängigkeiten und einem massiven Machtgefälle in den  
16 Arbeitsverhältnissen.

17 So kann es nicht weitergehen! Die Arbeitsbedingungen für studentische  
18 Beschäftigte müssen sich verbessern. Studierende arbeiten in der Gastro, beim  
19 Lieferdienst und in der Hochschule zu schlechten Bedingungen und niedrigen  
20 Löhnen. Das muss sich ändern! Der Arbeitskampf an den Hochschulen kann dazu  
21 beitragen, dass sich nicht nur hier die Bedingungen verbessern, sondern andere  
22 Branchen nachziehen müssen.

23 In der vergangenen Tarifrunde der Länder im Dezember 2023 wurde durch die  
24 Organisierung und die Streiks der studentischen Beschäftigten im Rahmen der  
25 Kampagne TVStud eine schuldrechtliche Vereinbarung erkämpft. Diese Vereinbarung  
26 ist der erste Vertrag zwischen den Gewerkschaften und der Tarifrunde der Länder,  
27 der die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter regelt. Das ist noch  
28 nicht der anvisierte Tarifvertrag, aber ein erster Schritt in die richtige  
29 Richtung!

30 Diese schuldrechtliche Vereinbarung gilt es nun auch in Hamburg umzusetzen. Die  
31 Mindestvertragslaufzeiten von 12 Monaten müssen umgehend an allen öffentlichen  
32 Hamburger Hochschulen und angegliederten Forschungsinstituten eingeführt werden.

33 Außerdem enthält die schuldrechtliche Vereinbarung eine Regelung für  
34 Stundenentgelte für studentische Beschäftigte von mindestens 13,25€ ab  
35 Sommersemester 2024 und 13,98€ ab Sommersemester 2025.

36 Die Lebenshaltungskosten und die Miete sind gerade in Hamburg besonders hoch -  
37 durchschnittlich 610€ für ein WG-Zimmer! Statt die Beschäftigten also mit einem  
38 "Taschengeld" abzuspeisen, gilt es besonders hier in Hamburg, die Spielräume  
39 nach oben bei den Stundenentgelten maximal auszureizen.

40 Denn es stellt sich weiterhin die Frage, wer es sich leisten kann, studentisch  
41 beschäftigt zu sein, also diese Türöffner-Jobs zur wissenschaftlichen Karriere  
42 auszuüben. Das sind überdurchschnittlich oft Kinder aus  
43 Akademiker\*innenfamilien. Damit bleibt die Lohnfrage auch eine Frage der  
44 Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Abgesehen davon wären Forschung und Lehre an  
45 den Hamburger Hochschulen ohne den Einsatz mehrerer tausend studentischer  
46 Beschäftigter niemals auf dem aktuellen qualitativen und quantitativen Niveau  
47 möglich.

48 Während die Mindeststandards aus der schuldrechtlichen Vereinbarung die  
49 Untergrenze der Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte darstellen,  
50 kämpfen wir an der Seite von TVStud weiterhin für höhere Standards an den  
51 Hamburger Hochschulen und Forschungsinstituten! Perspektivisch müssen  
52 Mindestvertragslaufzeiten von 24 Monaten und Stundenentgelte, die sowohl ein  
53 gutes Studium und Leben in Hamburg ermöglichen, als auch der anspruchsvollen und  
54 wichtigen Arbeit gerecht werden, erkämpft werden.

55 Zur Bekämpfung der Prekarität von studentischen Beschäftigungen ist außerdem die  
56 Einführung demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Form von vollwertigen  
57 Personalräten geboten. Ein Grundrecht, das Hilfskräften und Tutor\*innen in  
58 Hamburg immer noch verwehrt wird. Die arbeitsrechtlichen Mindeststandards  
59 werden strukturell nicht eingehalten. Das macht deutlich, dass ein Gremium  
60 geschaffen werden muss, das die Einhaltung von Arbeitnehmer\*innenrechten  
61 kontrolliert und die Interessen der studentischen Beschäftigten vertritt. Denn  
62 studentische Beschäftigte sind in mehrfacher Hinsicht besonders abhängig von  
63 ihren Vorgesetzten. Sie werden häufig nicht über reguläre Auswahlverfahren  
64 eingestellt, sondern persönlich „auserwählt“, legen nicht selten bei ihren  
65 Vorgesetzten Prüfungsleistungen ab und sind aufgrund ihrer ökonomischen Lage  
66 besonders abhängig von ihrem Job.

67 Kettenbefristungen müssen ein Ende haben, es braucht Planbarkeit, angemessene  
68 Löhne, Mitbestimmung in Personalräten und einen TVStud!

## Beschluss Für ein klimaneutrales Hamburg!

Antragsteller\*in: Linus Sage und Carlo Frahm

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

## Antragstext

1 Der Klimawandel hat verheerende Auswirkungen auf das Klimasystem und die  
2 Ökosysteme, auf denen unser Leben und das der vielen anderen Lebewesen beruht.  
3 Dass sich die Klimakatastrophe von Jahr zu Jahr, Monat zu Monat, von Tag zu  
4 Tagzuspitzt, ist nichts Neues, für niemanden von uns. Dass etwas getan werden  
5 muss, damit wir nicht mit 180 gegen die Wand fahren, auch nicht. Den Klimawandel  
6 auf unter 1,5 Grad zu begrenzen, ist in jedem Fall günstiger, ökonomischer und  
7 sinnvoller, als den Klimawandel weiter voranzutreiben.

8  
9 Als Grüne Jugend haben wir den Anspruch, den Klimawandel auf eine Erwärmung der  
10 globalen Durchschnittstemperatur von 1,5 Grad zu begrenzen. Es müssen alle Hebel  
11 der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft in Gang gesetzt werden, damit  
12 wir dieses Ziel erreichen. Die Politik hat viel zu lange auf der Bremse  
13 gestanden und steht es noch immer.

14  
15 Daher fordern wir, dass Hamburg bis spätestens 2035 klimaneutral wird.

16  
17 Ein System, das auf permanenter Expansion, Wirtschaftswachstum und  
18 Natursausbeutung basiert, kann nicht nachhaltig werden. Auch die wachsende  
19 soziale Ungleichheit und schlechte Arbeitsbedingungen sind Symptome dieses  
20 Systems. Um den Klimawandel aufzuhalten, braucht es einen  
21 Systemwandel, eine sozial-ökologische Transformation zu einer Gesellschaft  
22 jenseits des Wachstums.

23 Die absolute Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs und der  
24 Treibhausgasemissionen mit anderen sinnvollen Zielen kombiniert werden, zum  
25 Beispiel mit den Zielen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Zeit, mehr Glück,  
26 Demokratisierung der Gesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Abbau oder  
27 Abschaffung von Diskriminierungen.

28 Das Ziel des Wirtschaftens sollte nicht die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts  
29 sein, sondern die hier angegebenen Ziele.

30 Wir müssen unsere Gesellschaft so wandeln, dass ein gutes Leben für alle  
31 innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.

32  
33 Um jetzt unsere Lebensgrundlagen zu schützen, muss auch Hamburg seinen Beitrag  
34 leisten. Die bisherigen Klimapläne sowie das Klimaschutzgesetz der Stadt Hamburg  
35 sind unzureichend, um die Klimaziele zu erreichen. Die Grüne Jugend unterstützt  
36 den Hamburger Zukunftsentscheid. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die  
37 vorgeschlagenen Änderungen am Hamburger Klimaschutzgesetz nun  
38 umzusetzen! Hier muss sich an einem CO<sub>2</sub>-Budget orientiert werden, um die  
39 Klimaziele zu verschärfen und anzupassen. Damit diese Ziele eine Wirkung haben,  
40 müssen sie ständig evaluiert und Zwischenstände miteinbezogen werden. Beim  
41 Klimaschutzgesetz muss ein Fokus auf die soziale Abfederung gesetzt werden. Das  
42 Klimageld muss endlich bundesweit eingeführt werden! Wenn das weiterhin  
43 ausbleibt, muss Hamburg eine landeseigene alternative Lösung finden. Wir fordern  
44 die Grünen und den Hamburger Senat auf, den Klimaplan entsprechend dem neuen  
45 Klimaschutzgesetz und dem Ziel der Klimaneutralität 2035 zu überarbeiten.

46  
47  
48  
49 Energie

50 Es liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger\*innen,  
51 sicherzustellen, dass wir unseren Energieverbrauch als Gesellschaft senken, denn  
52 hier bestehen hohe Einsparpotentiale. Ein Klimageld kann zusätzlich zur sozialen  
53 Abfederung dafür sorgen, dass es uns ermöglicht wird auch ohne Einbußen im  
54 Geldbeutel, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen und ist deshalb essentiell  
55 für Klimaschutz im Interesse der Mehrheit.

#### 56 Mobilität

57 Im Bereich Mobilität hat Hamburg große Einflussmöglichkeiten auf die  
58 Verkehrsinfrastruktur und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. Eine  
59 Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs hat eine direkte Auswirkung auf die  
60 Lebensqualität der Menschen und das Klima. Es müssen Mobilitätsmöglichkeiten für  
61 alle geschaffen werden. Um dies zu gewährleisten, müssen die Arbeitsbedingungen  
62 im Nahverkehr verbessert werden und der Staat muss Geld in die Hand nehmen, um  
63 die Infrastruktur weiter auszubauen. Die Klimatransformation darf nicht auf dem  
64 Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es braucht eine Verdopplung des  
65 öffentlichen Nahverkehrs und gute Arbeitsbedingungen!  
66 Es braucht darüber hinaus Maßnahmen, um die Fahrradinfrastruktur auszubauen.  
67 Fahrrad fahren muss für alle subjektiv und objektiv sicher sein.

## V3 80. Jahrestag zur Befreiung von Faschismus und Weltkrieg - Der 8. Mai ist Feiertag!

Antragsteller\*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Die Grüne Jugend Hamburg beschließt, sich verstärkt hin zum 80. Jahrestag der  
2 Befreiung von Faschismus und Weltkrieg dafür einzusetzen, dass der 8. Mai ein  
3 offizieller Feiertag in Hamburg wird. Hierfür steigern wir unser Engagement in  
4 Stadtgesellschaft, Partei und Jugend.

5  
6 Um den aufhaltsamen Weg zum Faschismus und die Befreiung sowie ihre heute  
7 andauernden Konsequenzen zu verstehen, schaffen wir für uns und andere  
8 Bildungsangebote zu Themen wie dem militärisch-industriellen Komplex, der  
9 Zentralisierung der Wirtschaft, Spaltung der fortschrittlichen Kräfte und  
10 Kämpfen zur Befreiung.

11  
12 Der Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg stellt hin zum 80. Jahrestag der  
13 Befreiung von Faschismus und Weltkrieg einen Antrag auf dem Bundeskongress oder  
14 einem anderen beschlussfähigen Gremium der Grünen Jugend, dass der 8. Mai ein  
15 bundesweiter Feiertag werden muss. Teil des Antrags soll hierbei sein, dass auf  
16 Bundesebene Öffentlichkeits-, Presse- und Bildungsarbeit zu den Gründen für und  
17 den Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus und dem zweiten Weltkrieg  
18 stattfindet.

### Begründung

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ – Schwur von Buchenwald, 1945.

In Zeiten des Rechtsrucks, der sozialen Verelendung, international-zugespitzten Blockkonflikten und Militarismus bietet uns die Geschichte zur Entstehung, Überwindung und den Konsequenzen aus deutschem Faschismus wichtige Lehren, welche es für unser heutiges Handeln zu ziehen gilt. Der Faschismus kam nicht aus dem Nichts, sondern ist die direkte Konsequenz aus gesellschaftlichen Missständen, zentralisierten und monopolisierten Großkonzernen, dem militärisch-industriellen Komplex und dem Konflikt des Konservatismus mit der fortschrittlichen, gesellschaftlichen Entwicklung, welche letztendlich zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler auch durch die Zentrumsparterie führte. Eine alternative Beantwortung der Krise des Kapitalismus der 1920er stellte hierbei der US-amerikanische New Deal dar. Die Konsequenzen, welche im Potsdamer Abkommen für ein „Nie wieder“ gezogen worden sind, sind hochaktuell: Demokratisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demilitarisierung.

Unter Missbrauch des Ausspruchs „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ wird die „freiheitlich-demokratische Weltordnung“ mit ihrem globalisierten Kapitalismus, nationalen/bündnisorientierten Protektionismus und internationaler Ausbeutung von Arbeit und Natur unter größter Aufrüstung und zunehmenden, militärischen Interventionen verteidigt. Brutalisierung und Hetze von Rechts mindern die Entwicklung höherer Ansprüche. Eine Welt der gemeinsamen Entwicklung und des Friedens scheint dabei unmöglich.

Aus der Geschichte lernen wir, wie internationale Kooperation und nationaler Widerstand, im stetigen Konflikt von fortschrittlichen und rückschrittigen Kräften, den Faschismus überwinden konnte. Dieser

Erfolg trotz der systemischen Konflikte von UdSSR und (insbesondere) USA/Großbritannien kristallisiert sich dabei besonders im Potsdamer Abkommen in den Beschlüssen zur Demilitarisierung und Demokratisierung (aller Verhältnisse) wieder. Weiter stellt sich das Gebot zu einer friedlichen Welt der Kooperation in der Präambel des Grundgesetzes und der Charta der Vereinten Nationen als weitere Konsequenz aus dem Faschismus dar.

Gegen den heutigen Militarismus (100 Milliarden Aufrüstung, weiterer Ausbau der NATO, Stationierung deutscher Truppen in Litauen, internationale Waffenlieferungen), die Monopolisierung (steigender DAX trotz steigender Armut, weitere Privatisierung der HHLA), Entdemokratisierung (Angriffe auf das Streikrecht) und Rechtsruck (steigende AfD Umfragewerte, Streichung im Sozialen, GEAS) gilt es konsequent, mit einer humanistischen Linie zu wirken. Hierfür bietet der 8. Mai uns einen Anlass, „über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit“ (Esther Bejarano). Die Bildung Aller für das Wirken unter diesem Anspruch ist hierfür fundamental.

Aus diesem Grund muss der 80. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg Feiertag werden. Dies verlangt unser aller Wirken.